

Sozialdemokratie und Winterhilfe

Von Johann Schöster, M. d. R.

Die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Haushaltsausschuß des Reichstages zu dem Antrag der Kommunisten, den Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentnern, Invaliden und Hinterbliebenen eine einmahlige Winterhilfe aus Reichsmitteln zu gewähren, hat der sozialdemokratischen Arbeiterklasse eine gewaltige Impression ausgelöst. Die Sozialdemokratie bemüht sich im Augenblick, durch eine eifrig propagandistische Arbeit, die den primitiven Forderungen der hungernden Massen zu beschönigen. So geht ein Artikel des sozialdemokratischen Abgeordneten Biedermann durch die sozialdemokratische Presse, der faktisch zu dem überhöhten Verrat eine in-amer-Berhöhung der vom kapitalistischen System zum ungenutzten wertvollen Massen darstellt. Es ist der- selbe Biedermann, der bei Beratung des kommunalistischen Antrages im Haushaltsausschuß die jämmerliche Stellung der Sozialdemokratie begründet hat.

Keiner der Vertreter der einzelnen Parteien, die zu dem Antrag der Kommunisten das Wort nahmen, wagte es, die Notwendigkeit ausreichender Hilfeleistung zu betonen. Auch Biedermann tat es nicht, sondern er erklärte, nach dem Protokoll der dritten Sitzung des Haushaltsausschusses:

„Es gibt niemand, der nicht wüsste, daß die fürchterliche Not und das größte Elend in diesen Kreisen zu Hause ist.“

Trotzdem aber kam Biedermann im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer ablehnenden Stellungnahme. Diese ablehnende Stellungnahme begründet er in dem vorgenannten Artikel wie folgt:

„Für eine solche Unterstützung muß das Geld sofort zur Verfügung stehen, wenn der Beschluß Sinn haben soll.“

Indo an einer anderen Stelle:

„Eine Steuererhöhung zu diesem Zweck ist angesichts der Arbeitsmarktlage kaum denkbar. Dem Nebel aber ist mit einer solchen Hilfe nicht beizukommen.“

Nur den sozialdemokratischen Arbeitern die Notwendigkeit der Ablehnung aus dem Grunde der Mittelbeschaffung plausibel zu machen, vertritt er sich hinter den von der Regierung genannten Zahlen über Umfang der Unterstützungsbedürftigen und den notwendigen Kosten nach dem Antrage der Kommunisten. Die Regierung legte ein ausführliches Material vor, aus dem hervorgeht, daß ohne die Kriegsgewinne 13½ Millionen in Deutschland Anspruch auf diese Unterstützung haben müßten. Nach Einrechnung der Kriegsgewinne, Hinterbliebenen und Renten, umfamt also der Personenkreis, der auf die nötig unzureichenden Renten und Wohlfahrtsunterstützungen angewiesen ist, 13 bis 13½ Millionen. So braucht kein Wort darüber gesagt zu werden, daß diese Millionen tatsächlich im tiefsten Elend leiden und dem nackten Hunger ausgeliefert sind. Es gehört schon ein besonderer Mut dazu, um diesen Opfern des kapitalistischen Systems eine einmahlige Winterhilfe in der Höhe von 40 Mark bzw. 12 Mark zu versagen. Aber die Sozialdemokratie sah ja nicht das grenzenlose Elend, sondern nur die geforderte Summe, die die Regierung auf 350 Millionen Mark bezifferte. Natürlich ist es eine gewaltige Summe, die aber nur das ungeheure Masselend, welches in dieser kapitalistischen Republik herrscht, widerspiegelt. Biedermann und die anderen sozialdemokratischen Redner erklärten, daß sie die Verantwortung für die Staatsfinanzen des kapitalistischen Staates abhält, dem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Ein solches Argument, von der Sozialdemokratie eigentlich selbstverständlich, zeigt aber doch nicht die wahren politischen Gründe, die in dieser Situation für die Ablehnung maßgebend waren, auf. Die SPD will der Brüning-Regierung bei der Durchführung ihres neuen Finanzprogramms, wie das die neue Notverordnung darstellt, keine Schwierigkeiten machen. Die SPD führte bereits seit Wochen Verhandlungen mit Brüning über den Inhalt der neuen Notverordnung. Ihr waren all die neuen schändlichen Bestimmungen zur Massenbeschäftigung bekannt. Die SPD konnte bereits den neuen Etat für 1931, der eine Kürzung der sozialen Ausgaben im Arbeitslosenzustand in der Höhe von 400 Millionen Mark bringt. Sie mußte also, daß der Hungerlaster kein Geld für die Winterhilfe mehr hat, keinen Wurm für Kindererziehung in den Etat einschleift und die Summe aus der der Brüning für Knappschaffs- und Invalidenversicherung gespart hat. Der neue Etat bringt Reichswehr- und Polizeiausgaben, Flottenrückstellungen in der Höhe von rund 1000 Millionen Mark. So ist für die Arbeiter, und besonders für die sozialdemokratischen, furchtbar, wenn sie wissen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine dringend notwendige Winterhilfe ablehnt, um dieser Hungerregierung Brüning die Durchbrechung ihres arbeiterfeindlichen Programms zu ermöglichen.

Aber nicht immer hat die Sozialdemokratie die gleiche Stellung eingenommen. Es war den Sozialdemokraten außerordentlich peinlich, an ihre Stellung von 1927 zur gleichen Materie erinnert zu werden. Damals war es der Sozialdemokrat Karlsen, der im Reichstag am 14. Dezember 1927, gerichtet an die bürgerlichen Parteien, erklärte:

„Die ganze Art, wie Frau Müller-Drioid im Ausschuss und nachher hier operiert hat, ist ein Beweis dafür, daß Sie bei jedem sozialen Verhandlungsfalles sind und daß Sie mit der ganzen Art Ihres Vorgehens nichts weiter erreichen wollen, als nach außen hin das Gesicht zu wahren, als seien Sie diejenigen, die nun trotz aller Widerstände, die Sie in der Regierung, beim Zentrum und sonstwo vorfinden, immer ein mißbilligendes Herz für die armen Leute haben. Sie haben dann im Ausschuss, als Anträge vorlagen, die Unterstützungsgelder für beide Kategorien, für Invaliden und für Kleinrentner, zu erhöhen, diesen Anträgen nicht Ihre Zustimmung gegeben, sondern haben sie abgelehnt.“

Die Sozialdemokratie stimmte damals für den Antrag, und es wurde eine einmahlige Winterhilfe gewährt. Heute erklären sie, grundsätzlich gegen einmahlige Hilfen zu sein. Diese Schamlosigkeit entspringt nur der festen Verbundenheit der Sozialdemokratie mit der faschistischen Diktaturregierung Brüning.

Dasselbe schändliche Spiel auch in der Deckungsfrage. Der- selbe Karlsen erklärte 1927 gegenüber den Einwendungen der Bürgerblockregierung wegen der Mittelbeschaffung wörtlich:

„Wenn Sie wirklich helfen wollen, dann ist Geld genug zur Verfügung. Ich erinnere nur daran, daß Sie es durch die Politik der Steuer- und Zollgesetze des Jahres 1925 fertig gebracht haben, daß dem sogenannten Reichsbund pro Jahr mehr als 300 Millionen Mark extra gegeben wurden, eine Summe, die viel besser hätte gebraucht werden können, um die Not der armen Leute zu lindern. Sie wollten nicht, weil Sie wissen, daß nicht allen Leuten geholfen werden kann. Wenn Sie wirklich soziale Politik treiben wollen, dann müssen Sie eine Finanzpolitik betreiben, die nicht unnötig schändliche Ausgaben vorsieht, sondern die wirk- lich soziale Ausgaben vorsieht, die dazu beitragen, Not und Elend in den Kreisen zu bannen, die ihr Leben lang gearbeitet, sich bemüht und gequält haben.“

Das sind dieselben Argumente, die bei der Beratung der kommunalistischen Fraktion diesmal zur Begründung ihres Antrages mit herbeigebracht. Aber die Sozialdemokratie hielt es aus politischen Motiven für notwendiger, Brüning zu helfen und 13½ Millionen Hungernden um die notwendige Unterstützung zu bringen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, alle wertvollen Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter, die Sozialdemokratie hat und müssen an dieser Haltung der Sozialdemokratie gar nicht einseitig erkennen, daß es der Sozialdemokratie gar nicht einmahlig ankommt, für die notleidenden Schichten etwas zu tun. Für sie gilt die Parole: Rufen 13½ Millionen Hungernde im kommenden Winter zugrundegehen, wenn nur die faschistische Diktaturregierung Brüning am Leben bleibt!

Der 4-Milliardenraub vor dem Reichstag

Nazis und Sozis bieten sich bei der faschistischen Brüning-Diktatur an / Kommunismus ist die Rettung aus der Katastrophe! / Genosse Stoeder zeigt den Weg des Kampfes für soziale und nationale Befreiung

Berlin, 4. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Im Reichstag begann heute die Generaldebatte über den Hungerrath der faschistischen Brüning-Diktatur für 1931, mit dem gleichzeitig das kommunalistische Mißtrauensvotum und der Antrag unserer Genossen auf Aufhebung der Notverordnungen zur Debatte gestellt sind.

Die Debatte plätscherte zunächst bei ziemlich gut besetzten Tribünen sanft dahin. Keil von den Sozialisten erklärte, daß die SPD in ihrer Stellungnahme zu den heftigen Problemen der „von Verantwortungs- und pflichtbewußten Heberlegungen“, also von einer bedingungslosen Unterwerfung unter die faschistischen Finanzpöbel Brüning leiten lassen werde. Es bleibe nichts anderes übrig, als alle Kraft darauf zu konzentrieren, eine sozialere Gestaltung dieser Verordnungen zu erreichen. Das sei gelungen. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich also ihre Stellungnahme zu dem kommunalistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vor. Die Nazis schiften ihren „berühmten Theoretiker“ Heber vor. Die Rede dieses „Arbeitervertreters“ zeichnete sich dadurch aus, daß sie mit keinem einzigen Wort die Lage der Arbeiter und der Gewerkschaften auch nur streifte.

Es war darauf abgestellt, durch sein litzlich gedrechseltes Wort die Regierungsjährigkeit der Nazis zu erweisen. Wenn der Einfluß des Parlaments geschwunden sei, so sei das nicht die Schuld der Nationalsozialisten. Die bürgerlichen Parteien sollten sich aufrufen, ein marzipanernes Kabinett mit Hitler an der Spitze zu bilden; die Nazis hätten dann gegen den Fortbestand der Republik nichts einzuwenden. Für die „Not der Wirtschaft“ bedankte dieser Naziführer großes Verständnis, das er besonders dadurch unerschrocken, daß er verlangte, man möge doch endlich aufhören, den Nationalsozialistischen sozialistischen Tendenzen zu unterstellen. Die

Reden in die Rede brachte jedoch die groß angelegte Rede unseres Genossen Walter Stoeder, der zunächst gründlich mit der nationalsozialistischen Wortpraxis abrechnet, indem er eine Uße von

27 nationalsozialistischen Arbeiter- modern aus den letzten Wochen vortrug und die Demagogie der Nazis brandmarkt, die draußen

Wohin am Sonntag?

Arbeiterinnen! Proletarische Hausfrauen! Auf zur Bezirkskonferenz wertvoller Frauen in Dresden!

Alle in Verammlungen gewählten Frauendelegierten sowie die Delegierten vom 2. Reichstagskongress in Berlin erscheinen bestimmt zur Bezirkskonferenz wertvoller Frauen

Beginn der Konferenz: Sonntag, den 7. 12. 30, morgens 9 Uhr in Adlers Vereinshaus, Dresden-Volkstein, Tolkemirer Straße, am Schillerplatz.

- Tagesordnung: 1. Wahl. 2. Begrüßungen. 3. Bericht vom 2. Reichstagskongress wertvoller Frauen. Welche Aufgaben stellt uns der Reichstagskongress? 4. Aussprache. Gemeinlicher Schlußsatz. Gäste willkommen! Ab Hauptbahnhof: Straßenbahn 1 bis Schillerplatz, außerdem mit Linie 18 zu erreichen. Bezirkskomitee wertvoller Frauen, Dresden.

460 Straßenbahner werden gemahregelt

Sozialfaschistische Verbrechen / Empörungsturm der Chemnitzer Straßenbahner Vorbereitung neuer Kämpfe unter Führung der RSD / Hebt Solidarität!

Chemnitz, 5. Dezember.

Die Dolchstoßpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie im Berliner Metallarbeiterkampf hat im Streik der Chemnitzer Straßenbahner ihre Fortsetzung erfahren. Die sozialdemokratische Bürokratie des Gesamtverbandes hat mit dem „Arbeiterverband der sächsischen Gemeinden“ die Vereinbarung getroffen, in weiteren Belprechungen die Arbeitszeit auf der Grundlage der 48stündigen Arbeitswoche neu zu regeln und alles zu tun, um den Streik sofort abzumürgen. 460 Straßenbahner, welche die Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit der Direktion aus den Reihen der Streikenden ausfinden wird, sollen gemahregelt werden. In einer Verammlung der freigewerkschaftlich organisierten Straßenbahner kam es zu heftigen Angriffen auf die Gewerkschaftsbürokratie wegen dieser schändlichen „Vereinbarung“. Eine Abstimmung darüber ließ die reformistische Bürokratie nicht zu.

In der anschließenden Verammlung der Streikenden wurde einmütig festgestellt, daß infolge der Dolchstoßpolitik der Reformisten, durch ihren organisierten Streikbruch nicht zweckmäßig ist, den Streik weiterzuführen. Die Streikbrecheraktion beschloß deshalb die geschlossene Arbeitswiederaufnahme.

In einer einmütig angenommenen Entschließung wenden sich die Streikenden und gemahregelten Straßenbahner von Chemnitz an die deutsche Arbeiterklasse, den Gemahregelten Hilfe zu leisten. Sie drängen den grenzenlosen Verrat der reformistischen Bürokratie als einzig bestehend in der bisherigen Geschichte der Arbeiterkämpfe. Die „linken“ SPD-Führer in Chemnitz haben sich als die getreuesten Henteerknechte der Brüningdiktatur gezeigt, als Streikbrecherorganisationsleiter, die selbst von den Faschisten nicht mehr übertriften werden können. Die SPD-Presse, und an der Spitze die „Dresdner Volkszeitung“, hat sich in diesem Kampf als die arbeiterfeindlichste Journaille erwiesen, die im Interesse der Kapitalisten auf das schamlose die Arbeiter beschimpfte und besog.

Polizei-Vodpichel bei der Arbeit!

München, den 4. Dezember.

Die im Solde des Finanzkapitals stehende Preßkanalle, an deren Spitze der Völkische Beobachter steht, vertritt t Berichte über „Attentatskomplote gegen Hitler“. Diese ganze Sache ist nichts anderes als dreifache Vodpichelarbeit von Subjekten, die im Dienst der Polizei und des vom deutschen und internationalen Kapital gekauften Hitler stehen. Unser Bruderblatt, die Neue Zeitung, schreibt zu dieser Angelegenheit:

Der wahre Sachverhalt ist: Zwei in Kaiserlautern aus der Kommunistischen Partei wegen Unterschlagung aus-

nor den Arbeitern sich in der Thyro als die „wahren Revolutionäre“ und „Vorläufer des Sozialismus“ aufspielen, im Parlament aber der Revolution als Schwören und sich als die besten Stützen der kapitalistischen Arbeiterordnung empfehlen. Die Nazis verließen zuerst die Rede des Genossen Stoeder durch großen Raub zu hören, traten dann aber unter der Wucht der Schläge unseres Redners die Flucht aus dem Saale an.

Schlag auf Schlag ließ dann Genosse Stoeder auf die faschistische Brüning-Diktatur niederhauen, indem er den 4-Milliarden-Raub brandmarkt, der durch die Notverordnungen und den Etat an den wertvollen Massen solltogen wird. Die verräterische Rolle der bei jedem Raub und Unterdrückungsmaßnahme gegen die Wertvollen Hilfsstellung

Zentral-Streitlokal der Tischauflere

„Bastische Kreuz“, Neumarkt

Alle Anträge sind an dieses Lokal zu richten. Telefon Nr. 17 304.

Die Streitlokale der oppositionellen Streitktion:

- Reißigerhof, Reißigerstraße, Telefon 61 225. Glasbläser Hof, Glasbläser Straße, Telefon 38 846. Dahms Restaurant, Reichshofstr., Tel. 13 106. Rabensteinstraße, Rabenhofstr., Tel. 67 883. Bürgergarten, Albrecht Straße, Tel. 17 326. Heilig Restaurant, Trachenberger Platz, Tel. 66 232. Galhof Blotemik, Schillerplatz, Tel. 30 073.

Die Angaben über Streitlokal, Wohnungen von Streik- helfern für das Streikpotenzial, die tägliche Kontrolle erfolgt in diesen Lokalen.

Leistenden SPD kam dabei nicht zu kurz, indem Genosse Stoeder aufzeigte, daß auch der neue Schlag, den die faschistische Brüning-Diktatur gegen die Wertvollen führt, nur auf einem Pakt zwischen Brüning und Hermann Müller, Braun und Georing

beruht. Nur politische Kinder können glauben, daß nach der Artikel-48-Diktatur eine Rückkehr zur demokratisch-parlamentarischen Methode kommt, wie das Reich zum Ausdruck brachte. Die Bourgeoisie sucht den Ausweg aus dem kapitalistischen Verfall durch neuen, brutalen Faschismus, Aufrüstung und neuen Krieg. Immer klarer erkennt das Proletariat, daß es in Deutschland nur zweierlei geben kann: Faschismus oder Kommunismus. Die sich in steigendem Maße radikalisierenden wertvollen Massen werden dem Weg des Kampfes in Elend durch Faschismus und neuen Krieg den Weg des Kampfes für ihre soziale und nationale Befreiung vorziehen, den ihnen die liege reiche russische Arbeiterklasse gezeigt hat.

So wie die russische Arbeiterklasse jetzt wieder fertig zu werden weiß mit den Schädlingen des sozialistischen Aufbaues, so wird auch die deutsche Arbeiterklasse schließlich fertig zu werden wissen mit seinen faschistischen Ausbeutern und Unterdrückern.

Nach dieser bei den Kommunisten mit hürmischem Beifall und Händclaffen angenommenen Rede lautete die Debatte wieder ab. Sie geht heute weiter. (Auszüge aus der Rede des Genossen Stoeder veröffentlicht wir morgen. — Die Red.)

geschlossene Banditen hatten sich neuerdings zu den Nationalsozialisten geschlagen, und beteiligten sich dort ebenso für die Polizei als gemischte Vodpichel. Im Zusammenhang mit der Ausgebung Hilters in Kaiserlautern erhielten sie der Polizei, daß ihnen von Virmalens durch Kommunisten Bomben und Granaten geliefert worden seien, mit denen ein Attentat gegen Hitler geplant gewesen wäre.

Nach dieser Spitzmeldung wurden durch die Polizei in Kaiserlautern sowohl wie in Virmalens sofort überall Nachsuchungen und Verhaftungen vorgenommen, zu denen jetzt der bürgerliche Preßedient im Auftrag der Polizei den Anzeigen ermeden will, als handle es sich um ein benehntes kommunistisches Attentat gegen Nationalsozialisten. Groß ausgemacht schreibt die ganze Presse, daß „wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz eine größere Anzahl Kommunisten verhaftet“ worden sei, wobei sich ergeben hätte, daß ein Attentat sowohl gegen Hitler wie gegen die nationalsozialistische Gauerschäftsstelle in Kaiserlautern geplant“ gewesen wäre. Eine Bombe soll den Nationalsozialisten in die Hände gefallen sein und auch die Hausdurchsuchungen in Virmalens sollen eine weitere Menge Bomben und Sprengstoffe zutage gefördert haben. „Die Untersuchungen“, heißt es, „die weitere Arbeit zu ziehen scheinen, sind noch im Gange.“

Wie es um diese wohl vorbereitete Vodpichelaktion gegen die Kommunistische Partei steht, zeigt nur, daß bei den tatsächlich durchgeführten Hausdurchsuchungen in Virmalens dringend auch nur der geringste Sprengstoff oder dergleichen gefunden worden ist und daß man sich begnügen mußte, um die Aktion nicht rascher zusammenbrechen zu lassen, einige Arbeiter wegen „verbotenen Waffensbesitz“ zu verhaften. Da selbstverständlich die ganze Vodpichelgeschichte keinen anderen Zweck verfolgt, als einen Beitrag zum Verbot der Partei zu liefern, muß die ganze Arbeiterklasse mit dem schärfsten Waffenprotest gegen diesen neuen Hitlerjungen-Anschlag gegen Kommunisten antworten.

Ruhrtrupels rücken zum Streit

Kampfausschüsse bereits in 72 Schächten gewählt

Essen, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung)

Immer mehr Schächte des Ruhrgebiets wählten vorbereitende Kampfausschüsse. Bis jetzt sind auf den Ruhrgebiets 72 Kampfausschüsse gewählt. Die Empörung der Bergarbeiter über den angekündigten 10- bis 15prozentigen Lohnraub und den Zwangsabschlußspruch Siegerwalds zur Mehrarbeitszeit wächst von Stunde zu Stunde. Die Kampfs sind bereit, am 1. Dezember in einer großen Anzahl Betriebe zu streiken.